

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 124  
Dezember  
2021

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

Truppen an der Grenze zur Ukraine, die rote Alarmsirene des BSI bei Cyberangriffen, Hass und Desinformation in Sozialen Medien, Morde in der Mitte Berlins – hybride Kriegsführung ala Moskau zeigt ihr multidimensionales Gesicht. Auch wenn die russische Wirtschaft schwächelt, seine vielfältigen Machtinstrumente hat Putin im Griff und zeigt deren Muskeln mit Besitzerstolz. Leider verfügen weder die NATO noch die EU über ausgleichende, ebenbürtige Machtinstrumente – einschließlich militärischer Mittel –, um Russland nachhaltig zu beeindrucken, weder am unteren noch am oberen Ende des Konfliktspektrums. Beide Organisationen sind auch gegenüber hybriden Bedrohungen schlecht aufgestellt. So können sie derzeit nur mit scharfer Rhetorik und potemkinschen Dörfern agieren. Die bislang bevorzugten Wirtschaftssanktionen sind ausgelutscht und haben nur geringe Wirkkraft. Dass wir Russland damit an die Seite Chinas treiben, dürfte sich zudem bereits mittelfristig als verheerend auswirken, denn Russland ist zwar Großmeister hybrider Kriegsführung, China ist aber Weltmeister. Was für ein Power-Paar. Werden uns der Strategische Kompass der EU und die neue NATO-Strategie im kommenden Jahr einen zielführenden Weg weisen?

Die fortgesetzte Pandemie beschert uns einen weiteren Jahreswechsel mit besonders viel Zeit für die Familie und fürs Nachdenken. Bleiben Sie gesund. Der Vorstand der pmg wünscht Ihnen frohe Festtage und ein gutes, besseres Neues Jahr!

*Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender*

## In dieser Ausgabe

### 1 Hohenzollern- Debatte: Es geht nicht zuletzt um die Geschichte Preußens

Prof. Dr. Ulrich Schlie &  
Thomas Weber

### 2 Jenseits des 11. September

Dr. Hans-Ulrich Seidt

### 4 Deutschland braucht einen Sicherheitsrat

Dr. Josef Braml

### 5 China – Amerikas Erbe im Nahen Osten?

Dr. Heinrich Kreft

### 9 The Democratic Warrior

Dr. Andreas Herberg-Rothe

## THEMEN

### Hohenzollern- Debatte: Es geht nicht zuletzt um die Geschichte Preußens

Im Streit um die Hohenzollern müssten die Historiker dringend die Sachfragen klären, statt zu polarisieren. Wo bleibt die wissenschaftliche Neugier?

Nüchternheit und Distanz sind die Tugenden des Historikers. Man muss nicht Karl Popper bemühen, um den Pluralismus der Meinungen als Voraussetzung für eine gelingende wissenschaftliche Auseinandersetzung und für ein liberales Gemeinwesen zu identifizieren.

In der gegenwärtigen Hohenzollern-Debatte wird der Anschein erweckt, dass die eigentlichen Sachfragen schon entschieden seien. Geschichtspolitische Argumente treten an die Stelle wissenschaftlich begründeter Ergebnisse.

Die vormalige Vorsitzende des deutschen Historikerverbandes, Eva Schlottheuber, fordert etwa in diesem Zusammenhang eine Geschichtswissenschaft im Dienste der Geschichtspolitik und ruft zum Kampf um die „Deutungshoheit“ auf. Was dabei zu kurz kommt, sind wissenschaftliche Neugier, innovative Fragestellungen und ein gewisser Pragmatismus, der die Suche nach politischen Lösungen des Restitutionsstreits erleichtern kann.

Die vorrangig in den Medien, aber auch auf dem Rechtsweg und in Parlamenten ausgetragenen Auseinandersetzungen um die Hohenzollern sind ein Paradebeispiel für die Dominanz eines hohen moralpolitischen Engagements, für die Wiederkehr von Klischees und für die Vermengung von politischen Meinungen und Forschungsfragen. Schief lagen sind vorgezeichnet.

Beim Hohenzollern-Streit steht zunächst die Frage im Raum, ob die Restitutionsforderungen des Hauses Hohenzollern nach Rückgabe von in der Bodenreform in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone konfisziertem Besitz berechtigt sind. Dies ist ein Überbleibsel aus dem Wiedervereinigungsprozess und wird demnächst vermutlich auf dem Instanzenweg von den deutschen Verwaltungsgerichten entschieden werden.

*Dr. Ulrich Schlie & Thomas Weber*

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Schlie ist Henry-Kissinger-Professor for Security and Strategic Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Thomas Weber ist Professor of History and International Affairs an der University of Aberdeen.

Der Beitrag erschien erstmalig in der Neuen Zürcher Zeitung am 23.11.2021.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

## Aphorismus zum NACH-denken

„Da der Schein das Sein bestimmt,  
folgt das Sein dem Schein.“ \*

\* Zitiert nach: Aphorismen von Bernd Liske

## THEMEN

### Jenseits des 11. September

#### Für eine Neuorientierung der deutschen Sicherheitspolitik nach dem Sieg der Taliban

Am 23. Juni 2021 erklärte Außenminister Heiko Maas, für die Taliban gebe es kein „Zurück ins Jahr 2001“. Dagegen stehe die „selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft“. Acht Wochen später, am 15. August 2021, marschierten die Taliban in Kabul ein. Von einer sich selbstbewusst verteidigenden afghanischen Zivilgesellschaft konnte keine Rede sein. Präsident Ashraf Ghani, als Folge einer zweifelhaften Wahl ins Amt gelangt, floh wohlversorgt ins sichere Ausland und ließ Tausende verzweifelter Menschen zurück. Zwar öffnete eine improvisierte Luftbrücke manchen Afghanen einen Ausweg. Aber dennoch endete die von den USA geführte, nahezu zwei Jahrzehnte dauernde Intervention mit einem Desaster.

#### Strategische Niederlage?

Eine wirklichkeitsnahe, nach vorn blickende Lagebeurteilung kann politischem Handeln hilfreiche Orientierung bieten. Doch führt sie im Fall von Afghanistan zunächst zu einem ernüchternden Ergebnis: Ebenso wie für die Taliban gibt es für den Westen kein „Zurück ins Jahr 2001“. Im Vergleich mit der Ausgangslage nach dem 11. September 2001 hat sich nicht nur die strategische Position der USA, sondern vor allem die der Europäischen Union erheblich verschlechtert. Sie ist heute in Nordafrika, der Sahelzone, im Nahen und Mittleren Osten und in Osteuropa von gefährlich brodelnden Krisenherden umgeben. Ihnen stehen die Europäer nach der strategischen Wende der USA Richtung Indo-Pazifik weitgehend allein gegenüber. Der offenkundige Ansehens- und Einflussverlust Washingtons hat unmittelbare Auswirkungen auf die Atlantische Allianz. Schon Thomas Hobbes lehrte, dass Macht auf Reputation beruht. Wird diese Reputation beschädigt, gerät die Autorität der Führungsmacht ins Wanken.

Für eine umfassende Ursachen- und Folgenanalyse des westlichen Scheiterns in Afghanistan ist es sicherlich noch zu früh. Selbst eine sorgfältige strategische Evaluierung wird je nach Interessenlage der Beteiligten zu widersprüchlichen Folgerungen führen. Dennoch lassen sich bereits heute zwei Faktoren identifizieren, die maßgeblich zum Scheitern des westlichen Engagements beitrugen. An erster Stelle steht die irreführende US-amerikanische Interventionspolitik unter Präsident George W. Bush. Sie nahm den terroristischen Großanschlag vom 11. September 2001 zum Anlass, einer imaginären „Achse des Bösen“ den Krieg zu erklären. Während Osama ben Laden und die Führer der Taliban in Pakistan Unterschlupf fanden, bekämpften amerikanische Soldaten in den Bergen und Steppen Afghanistans örtliche Aufständische, von denen sich manche sogar gegen die Taliban zur Wehr gesetzt hatten. Dann marschierten die USA im Frühjahr 2003 mit einer „Koalition der Willigen“ in den Irak ein. Sie besetzten das Land, scheiterten militärisch bei der Aufstandsbe-kämpfung und hinterließen politisch und ökonomisch einen Trümmerhaufen. Bereits 2006 warnten kritische Stimmen vor der „Irakisierung“ Afghanistans. Als sich auch am Hindukusch die Situation dramatisch verschlechterte, nahmen die USA 2013 unter Präsident Obama in Doha Kontakte zu Vertretern der Taliban auf. Donald Trump forcierte die Gespräche mit dem Ziel eines möglichst raschen US-Rückzuges nach der Maxime: „Cut your losses!“ Die Folgen der im Februar 2020 mit den Taliban getroffenen Vereinbarung nahm Präsident Biden im August 2021 mit kühlem Realismus in Kauf.

Die zweite Ursache für das westliche Scheitern am Hindukusch war die Hoffnung auf den Erfolg einer gut gemeinten Stabilisierungsstrategie. Mit dem *comprehensive approach* sollte nach dem 11. September 2001 in Afghanistan ein weltweit ausstrahlendes Modell für die Beilegung ideologischer und religiöser Konflikte verwirklicht werden. Konnten westliche Werte nicht auch am Hindukusch ihre

friedenssichernde Wirkung entfalten? Bis zum August 2021 galt für viele in Deutschland das liberale Leitbild der *civil society* als notwendige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Afghanen, als imperiales Allheilmittel der *international community*. Diese Vorstellung beschrieb der ehemalige US-Diplomat John Kornblum unlängst als späte Frucht des realitätsfernen und naiven deutschen Idealismus und wies der Bundesregierung eine wesentliche Mitschuld für das Scheitern der 2001 auf dem Petersberg vereinbarten Strategie zu: „Nation Building war ohne Frage eine deutsche Erfindung“! Dabei übersah Kornblum, dass der Export politischer Leitbilder seit langem zu den erklärten Instrumenten und Zielen amerikanischer Politik gehört. In ihrer programmatischen Schrift *Democracy* hat Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin und Außenministerin unter George W. Bush, die amerikanische Interventionspolitik nach 2001 ausdrücklich mit der Absicht eines gesellschaftspolitischen Regimewandels begründet. Dieser Ansatz scheiterte nicht nur in Afghanistan, sondern nach dem arabischen Frühling des Jahres 2011 in nahezu allen Transformationsgesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens.

### **Erster Schritt: Zurück nach Kabul!**

Welche Konsequenzen ergeben sich nun für die deutsche Politik? Zwei dringliche Aufgabenbereiche sind erkennbar. Der erste bezieht sich auf das operative Vorgehen der nächsten Monate. Der zweite Aufgabenbereich ist umfassender: Erhebliche Defizite, die während der Afghanistan-Intervention deutlich wurden, müssen mit einer gesamtstaatlichen Anstrengung beseitigt werden.

Festzuhalten bleibt jedoch zunächst, dass trotz oder gerade wegen des raschen militärischen Erfolgs der Taliban kein unmittelbarer Anlass zur Verzweiflung besteht. Verglichen mit den blutigen Gefechten der Vergangenheit verlief die erfolgreiche Sommeroffensive der Taliban 2021 ohne größere Auseinandersetzungen. Sicherlich kam es in ihrem Verlauf zu

Opfern unter der Zivilbevölkerung. Auch dauert die Verfolgung politischer Gegner und persönlicher Feinde an. Gleichwohl aber gab es, soweit jedenfalls bisher bekannt, keine Massaker, die etwa dem Massenmord im bosnischen Srebrenica 1995 entsprachen. Die weitgehend kampfflose Einnahme Kabuls verlief – trotz der nur zu verständlichen Panik vieler Einwohner – nach afghanischen Maßstäben geradezu gewaltfrei. Die Botschaften der Russischen Föderation und der Volksrepublik China evakuierten ihr Personal nicht und setzten während und nach der Einnahme Kabuls ihre Arbeit fort.

Zwar wird sich erst in den kommenden Wochen und Monaten erweisen, ob die Taliban ihre Herrschaft im ganzen Land durchsetzen können. Dennoch sollte auch die Bundesregierung so rasch wie möglich wieder in Kabul vertreten sein. Das bedeutet keine moralische Billigung der Taliban-Herrschaft, sondern Deutschland setzt mit der Wiedereröffnung seiner Botschaft lediglich diplomatische Beziehungen fort, die mit Afghanistan seit mehr als 100 Jahren bestehen. Auch ist die offizielle Entsendung eines Botschafters zunächst nicht erforderlich. Ein Geschäftsträger mit einem kleinen Stab tüchtiger Mitarbeiter reicht aus.

Weshalb ist die Rückkehr nach Kabul notwendig? Die Lage in der Hauptstadt und im ganzen Land ist unübersichtlich und instabil. Gerade deshalb ist es für die Bundesregierung wichtig, zuverlässige Informationen zu erhalten. Welche politischen Persönlichkeiten und Kräfte bestimmen die Zukunft des Landes? Sind es lokal und regional verwurzelte Traditionalisten? Oder sind es die fremdgesteuerten Vertreter interessierter Dritter? Wie gefährlich sind die miteinander konkurrierenden internationalen Dschihadisten? Gibt es afghanische Lösungen für afghanische Probleme oder werden die Probleme des Landes von außen geschürt und instrumentalisiert? Ohne Präsenz vor Ort lassen sich diese Fragen nicht überzeugend beantworten.

Hinzu kommen Aufgaben der humanitären Nothilfe wie etwa die Lieferung von Medikamenten für die Zivilbevölkerung. Vor allem aber gilt es, einen weiteren Flüchtlingsstrom aus Afghanistan und den damit verbundenen *brain drain* zu verhindern und besonders gefährdeten Personen zu helfen. Gleichzeitig sind die Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr und die Rückführung von Afghanen aus Deutschland zu schaffen. Längerfristig wirkende Maßnahmen wie Wiederaufbauhilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind schließlich davon abhängig zu machen, ob und in welchem Umfang die Führung in Kabul ihre neu gewonnene Macht mit verantwortlichem Regierungshandeln verbindet.

Die seit über einem Jahrhundert andauernde Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und Deutschland wird von der großen Mehrheit der Afghanen viel höher eingeschätzt, als dies der deutschen Öffentlichkeit bewusst ist. Die offiziellen Offerten der Taliban an die Bundesregierung mögen taktisch motiviert sein. Aber sie zeigen auch das grundsätzliche Vertrauen, das die Afghanen nach wie vor der deutschen Politik entgegenbringen. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, in welchem Umfang sich daraus langfristige, zukunftsorientierte Perspektiven bilateraler Zusammenarbeit ergeben können.

### **Zweiter Schritt: Verantwortungsvolle Neuorientierung**

Für die erfolgreiche Korrektur der Fehler einer gescheiterten Intervention müssen jedoch vor allem in Berlin die Weichen neu gestellt werden. Ohne die Bereitschaft, künftig mehr Verantwortung zu übernehmen, kann die Bundesregierung zwar auf strategisches Denken und Handeln verzichten und ihre Fähigkeit optimieren, außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen auf multilaterale Gremien, externe Berater und Nichtregierungsorganisationen zu verlagern. Aber der damit verbundene Reputations- und Einflussverlust der deutschen Politik wird sich bei der zu erwartenden zunehmenden Krisenhäufigkeit verstärken und die Autorität und Handlungsfähigkeit der Bundesre-

gierung im In- und Ausland weiter schwächen.

Mut zur Verantwortung bedeutet jedoch nicht die unreflektierte Übernahme zusätzlicher Bündnisverpflichtungen. Gerade die jüngsten Erfahrungen in Afghanistan zeigen, dass es in erster Linie auf die strategische Planung und Koordinierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen Kontext ankommt. Ist das politische Personal Berlins dazu bereit und befähigt? Der Kanzlerkandidat der Union hatte unter dem Eindruck der desaströsen Entwicklung in Afghanistan die Forderung erhoben, einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Diese Idee ist allerdings nicht neu. Bereits in der Koalitionsvereinbarung des Jahres 1998 einigten sich die SPD und Bündnis90/Die Grünen darauf, den einst unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wirkungsvoll genutzten und im Grundgesetz verankerten Bundessicherheitsrat zu revitalisieren. Persönliche Rivalitäten verhinderten damals die Umsetzung. Sollte die neue Bundesregierung auf eine Revitalisierung des Bundessicherheitsrats oder einen leistungsfähigen Nationalen Sicherheitsrat verzichten, kann daraus auf eine weiter abnehmende Bereitschaft und Fähigkeit zu wirkungsvollem Krisenmanagement geschlossen werden.

Neben der geistigen und institutionellen Neuorientierung braucht die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gerade nach den Erfahrungen in Afghanistan bessere Instrumente. Dazu müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Der parteipolitische Streit um das sogenannte 2 % Ziel bei den Verteidigungsausgaben wird den Anforderungen an einen gesamtstrategischen, das klassische Ressortdenken überwindenden Neuansatz der deutschen Sicherheitspolitik nicht gerecht. Für eine langfristig ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik müssen nach der sogenannten „Ischinger Formel“ jährlich mindestens 3 % des Bundeshaushalts für Aufgaben der Verteidigung, der Stabilisierung und der entwicklungspolitischen Zu-

sammenarbeit vorgesehen werden.

Geschieht dies nicht, wird sich ein während der Afghanistan-Intervention deutlich gewordener Trend fortsetzen: Deutschland verliert jedes Jahr mehr sicherheitspolitische Fähigkeiten als es aufzubauen in der Lage ist. Das betrifft vor allem die notwendige Beschaffung neuer Systeme. Bei der Eroberung des Pandschir-Tals am 6. September 2021 nutzten die Taliban bewaffnete Drohnen. Ebenso wie im armenisch-aserbeidschanischen Krieg im Herbst 2020 erwiesen sie sich als sehr wirkungsvoll. Angesichts einer solchen Erfahrung darf eine verantwortungsbewusste deutsche Sicherheitspolitik auf die zügige Bereitstellung entsprechender eigener Fähigkeiten nicht verzichten.

Schließlich gewinnt nach dem Sieg der Taliban die Fähigkeit zur Früherkennung und Prävention möglicher Terroranschläge in Deutschland und Europa vorrangige Bedeutung. Das Scheitern des Westens in Afghanistan stärkt den internationalen Dschihadismus: Im Internet motivieren und radikalisieren die triumphierenden Bilder aus Kabul potentielle Einzeltäter und international operierende Netzwerke. Eine frühzeitige elektronische Aufklärung ist daher unverzichtbar. Bedauerlicherweise hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts mit seinem Urteil vom 19. Mai 2020 die bisherige Überwachung der Telekommunikation von Ausländern im Ausland durch den Bundesnachrichtendienst und die sich daraus ergebende Zusammenarbeit mit befreundeten Diensten für verfassungswidrig erklärt. Eine gesetzliche Neuregelung ist dringend erforderlich. Solange sie nicht erfolgt, ist ein wesentliches Instrument deutscher Sicherheitspolitik erheblich geschwächt und die internationale Kooperationsfähigkeit der Bundesregierung in Frage gestellt. Die im August 2021 auf politischer Ebene beklagten Informationsdefizite weisen darauf hin, dass hier in der nächsten Legislaturperiode dringend Abhilfe zu schaffen ist. Das westliche Scheitern am Hindukusch führt uns ein-

dringlich vor Augen, dass zwanzig Jahre nach dem 11. September 2001 nicht nur die Bundesregierung, sondern vor allem auch der am 26. September 2021 neu gewählte Deutsche Bundestag verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen muss.

*Dr. Hans-Ulrich Seidt*

Botschafter a.D. Dr.Dr.h.c.mult. Hans-Ulrich Seidt, geb. 1952, war bis November 2021 stellvertretender Vorsitzender der PMG. Von 2006 bis 2008 war er deutscher Botschafter in Kabul. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

## THEMEN

### Deutschland braucht einen Sicherheitsrat

Mangels institutioneller Voraussetzungen verfügt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht über ein nationales Strategiekonzept. Dabei ist es höchste Zeit dafür. Denn die innerlich geschwächten USA werden zugunsten einer Weltordnung amerikanischer Prägung Europas Sicherheitsinteressen noch mehr vernachlässigen, schreibt der USA-Experte Josef Braml in einem Gastkommentar in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ).

Nach dem Einmarsch der Taliban-Kämpfer in Kabul bleibt die Sorge begründet, dass das sich entfaltende Chaos in Afghanistan wieder mehr Raum für Terroristen schaffen sowie eine große humanitäre Katastrophe mit neuen Flüchtlingsströmen nach Europa auslösen könnte.

Amerikas Verbündete weisen die Verantwortung von sich und beschweren sich, dass sie nicht rechtzeitig zu einer eigentlich vorhersehbaren politischen Entscheidung des US-Präsidenten Biden konsultiert wurden, was Europas Sicherheitsinteressen gefährdet.

### Der reine Fokus auf starke Staaten

Amerikas Anspruch, eine Weltordnung amerikanischer Prägung aufrechtzuerhalten, wird die innerlich geschwächte Weltmacht dazu verleiten, künftig Europas Sicherheitsinteressen noch mehr zu ver-

nachlässigen. Denn sie wird ihre zunehmend knapper werdenden Ressourcen in der Region Asien/Pazifik bündeln, um dort der aufsteigenden Macht China zu begegnen, das in Ostasien Amerikas Hegemonie herausfordert. Der Fokus auf starke Staaten blendet prekäre oder zerfallende Staaten wie Afghanistan aus, die nach 9/11 als die größten Gefahrenherde galten, weil sie Operationsräume für terroristische Aktivitäten ermöglichten.

Deutschland hat sich an Auslandseinsätzen wie jenem in Afghanistan vorwiegend nur deswegen beteiligt, weil es sich von anderen, allen voran den USA, aus Solidaritätsgründen dazu gedrängt fühlte; ein eigenes Konzept ist bis heute nicht erkennbar. Zuweilen lobte man sich in Berlin dafür, die Amerikaner mit dem über militärische Stabilisierung hinausgehenden „umfassenden Ansatz“ eines Besseren belehrt zu haben. Dabei verkannte man aber, dass der Anspruch, bei Stabilisierungs- und Friedenseinsätzen einen gesamtstaatlichen oder gar vernetzten Ansatz zu verfolgen, den eigenen Regierungsapparat überforderte: Die in diesem Feld tätigen Fachministerien versuchten oft widersprüchliche Ziele umzusetzen.

### **Schritt halten mit den USA, Frankreich und Großbritannien**

Zwar gäbe es mit dem Bundessicherheitsrat ein Organ, das dafür prädestiniert wäre, Unstimmigkeiten zwischen den Ressorts auszuräumen und einen gesamtstaatlichen Ansatz vorzugeben. Dieses Gremium hat sich ab den 1980er Jahren im Wesentlichen auf Rüstungsexportfragen beschränkt. Krisenprävention, Entwicklungspolitik, zivile und militärische Krisenbewältigung, ja deutsche Außenpolitik insgesamt müsste besser koordiniert werden. Im Bundeskanzleramt könnte ein übergreifender Lage-, Koordinierungs- und Entscheidungsstab unter der Leitung eines Beraters für nationale Sicherheit eingerichtet werden.

Ein nationaler Sicherheitsrat könnte die von zerfallenden Staaten ausgehenden internationalen Gefahren und Entwicklungen, zum Beispiel Terrorismus beziehungs-

weise Migration, beobachten und in Kooperation mit externen Think-Tanks analysieren. Eine derartige Koordinationsleistung wäre erforderlich, um auch künftig mit anderen Regierungen wie jenen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gesprächsfähig zu bleiben, die ihrerseits auf umfassendere Strukturen und Analysen zurückgreifen können.

Mangels institutioneller Voraussetzungen verfügt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht über ein nationales Strategiekonzept. Zuweilen wird argumentiert, die Bundesregierung bedürfe eines solchen auch nicht, da es die Europäische Sicherheitsstrategie gebe. Das hindert jedoch auch andere europäische Länder wie Frankreich nicht daran, vorausschauend über eigene nationale und europäische Interessen nachzudenken. Mangels einer Strategie für nationale Sicherheit begnügen wir uns in Deutschland alle Jubeljahre mit Weißbüchern, die nicht der kontinuierlichen Beratung für Politik und Öffentlichkeit dienen können.

### **Im Wahlkampf stiefmütterlich behandelte Außenpolitik**

Eine ressortübergreifende politische Infrastruktur und eine fortwährende Debatte über eine nationale Strategie im europäischen Kontext würden der deutschen Politik vielmehr helfen, sich über die eigenen Interessen, Werte und erreichbaren Zielsetzungen zu verständigen und diese legitimationsstiftend zu kommunizieren. Durch ihre kommunikative Zurückhaltung überlässt die deutsche Politik den (internationalen) Medien und mediengeübteren anderen Regierungen die Diskurshegemonie und somit die Deutungsmacht über die Interessen und Werte Deutschlands.

Auch im derzeitigen politischen Wahlkampf hat Außenpolitik bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Das ist bemerkenswert für ein Land, dessen Sicherheit gefährdet ist und dessen international verflochtene Wirtschaft wegen absehbarer außenpolitischer Entwicklungen in größere Schwierigkeiten zu geraten droht. Die nächste Bundesregierung wird

grundlegende Fragen zur Neuorientierung deutscher Außenpolitik beantworten müssen. Die Problematik geht über die eigene bundesdeutsche Komfortzone hinaus und stellt bisherige Denk- und Arbeitsmuster der Berliner Republik infrage.

*Dr. Josef Braml*

Josef Braml ist USA-Experte des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) der Universität Bonn und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission. Aktuelle Analysen veröffentlicht er auch über seinen Blog

[„usaexperte.com“](https://www.usaexperte.com/).

Der Beitrag erschien erstmalig in der Neuen Zürcher Zeitung am 24.08.2021

<https://www.nzz.ch/meinung/deutschland-braucht-einen-sicherheitsrat-ld.1641240>

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

## **THEMEN**

# **China – Amerikas Erbe im Nahen Osten?**

Dank seiner rasanten ökonomischen Entwicklung seit Beginn der Deng'schen Reformen und Öffnung gegenüber dem Ausland Ende der 1970er Jahre hat sich China zu einer Weltmacht mit globalen Interessen entwickelt. Auch der „Broader Middle East“<sup>1</sup> und hier neben den Staaten Zentral- und Südasien vor allem die Golfstaaten ist in den Fokus chinesischer Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik gerückt. Lange von der chinesischen Führung als periphere und relativ unbedeutende Weltregion angesehen, gilt sie heute als wichtig für die nationale Sicherheit. Wie lässt sich Chinas wachsendes Interesse in der Region erklären? Was sind Chinas ökonomische und geostrategische Interessen in der Region? Welche Interessen verfolgen die Staaten der Region in ihren Beziehungen zu China? Hat China eine Strategie für seine Be-

<sup>1</sup> Unter Broader Middle East werden hier alle Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) sowie die Staaten Zentralasiens einschließlich Afghanistans sowie Pakistan in Südasien verstanden.

ziehungen mit der Region entwickelt? Verfolgt China mit seinem wachsenden Engagement das Ziel die USA in dieser Region als dominierende Macht abzulösen oder gar heraus zu drängen?

### **Die Bedeutung der MENA-Region für China**

Der Fokus chinesischer nationaler Interessen liegt auch heute weiterhin auf der inneren Sicherheit (Xinjiang, Hong Kong) sowie seinen außen- und sicherheitspolitischen Interessen in der unmittelbaren Nachbarschaft (Ost- und Südchinesisches Meer, Taiwan, Myanmar und Zentralasien). Seit der Rückkehr der radikal islamischen Taliban an die Macht in Kabul steht auch Afghanistan wieder oben auf der Agenda der chinesischen Führung aufgrund chinesischer Wirtschaftsinteressen insbesondere im afghanischen Rohstoffsektor und vor allem der befürchteten Auswirkungen auf Chinas westlicher Unruheprovinz Xinjiang durch die ideologisch-religiöse Nähe der Taliban zu den Uiguren. Diesem versucht Peking durch seine Politik möglichst enge Kontakte zu allen Seiten zu halten vorzubeugen. So hatte Chinas Staatsrat und Außenminister Wang Yi am 28. Juli Vertreter der Taliban zu Gesprächen nach Tianjin eingeladen. Während die USA und alle westlichen Staaten panikartig ihr Botschaftspersonal und afghanische Ortskräfte evakuierten, hat China erklärt seine Botschaft in Kabul nicht zu schließen.

Parallel zu seinem Wirtschaftsboom haben sich die chinesischen Erdölimporte vervielfacht, die zu einem Großteil aus dem Nahen Osten stammen. In 2019/2020 bezog China 40 Prozent seiner Ölimporte aus der Golf Region mit Saudi Arabien als größtem Lieferanten (16 Prozent). Auch der Irak und der Iran gehören zu den großen Öllieferanten Chinas, während Katar große Mengen Flüssiggas (LNG) nach China liefert. Chinas Wirtschaftsinteressen in der MENA-Region beschränken sich aber nicht nur auf den Energiesektor. Die Volksrepublik ist in den vergangenen Jahren zum größten Investor der Region und zum größten Handelspartner von 11 Nahoststaaten aufgestiegen.

Neben Investitionen in großen Industrieparks stechen auch in dieser Region Investitionen in Häfen und anderen Infrastrukturprojekten hervor.

Aufgrund dieser für die chinesische Volkswirtschaft wichtigen Investitionen ist China mehr denn je an politischer Stabilität in der Region interessiert. Parallel zum Wachstum seiner Wirtschaftsinteressen investiert China auch zunehmend in die diplomatischen und sicherheitspolitischen Beziehungen insbesondere mit den Schlüssel Ländern der Region: Saudi Arabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten und die Türkei.

### **Die Bedeutung Chinas für die Staaten des Broader Middle East**

Auch für die Staaten der MENA-Region ist China ein zunehmend wichtiger Partner. Die Öl- und Gas exportierenden Länder der Region sehen sich seit einiger Zeit mit einer historischen Transformation der Weltenergiemärkte konfrontiert. Der Aufstieg der USA vom weltweit größten Importeur zum größten Produzenten von Erdöl hat für die Region nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen. Der weltweite Ausbau erneuerbarer Energien hat zusätzlich die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen reduziert. Von daher ist nicht verwunderlich, dass sich diese Staaten zunehmend nach Asien und dort insbesondere nach China orientieren. Während chinesische Unternehmen erhebliche Investitionen in Energieförderung und dem Aufbau petrochemischer Anlagen insbesondere in Saudi Arabien und den VAE vorgenommen haben, haben auch die devisenstarken arabischen Goldstaaten ebenfalls in China investiert.

Aufgrund der gesunkenen Wirtschaftsinteressen, fürchten die arabischen Golfstaaten auch ein nachlassendes geopolitisches Interesse der USA an der Region. Dieses versuchen sie durch den Ausbau der politischen Beziehungen mit anderen Staaten, vor allem mit China auszugleichen, wengleich die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA hoch bleibt.

### **Chinas MENA-Strategie**

Seit der globalen Wirtschaftskrise 2008 und vor allem seit dem Machtantritt von Partei- und Staatschef Xi Jinping in 2013 versucht China seine Beziehungen zu Staaten des Broader Middle East systematischer und strategischer zu entwickeln. Dabei verfolgt Peking das Ziel gute Beziehungen zu allen Staaten zu entwickeln. Anders als die USA und andere Staaten unterhält Peking gute Beziehungen zugleich mit Saudi Arabien und Iran, Israel und Palästina, Katar und den VAE, Ägypten und Sudan, Algerien und Marokko.

Es verfolgt dabei einen multilateralen „Whole-of-Region“ Ansatz.<sup>2</sup> Mittels einer Reihe von regionalen und internationalen Organisationen hat China seit dem Ende des Kalten Krieges damit begonnen seine Beziehungen zu der Region zu pflegen und auszubauen. Das wichtigste Forum für den Dialog mit der MENA-Region ist das China-Arab States Cooperation Forum (CASCF). Für den Dialog mit den 10 arabischen Staaten Nordafrikas nutzt China auch das Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC). Während Peking diese Dialogforen initiiert hat, pflegt Peking auch den Dialog mit bestehenden Organisationen wie der Arabischen Liga (AL), der Afrikanischen Union (AU) und der Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation (IOR-ARC). Die CASCF wurde im Januar 2004 von China und der 22 Mitglieder starken Arabischen Liga ins Leben gerufen. Bei der Eröffnung des sechsten Ministertreffens der CASCF hob Präsident Xi die zentrale Bedeutung dieses Formats für die Beziehungen Chinas mit der Region hervor. 2018 begrüßte Präsident Xi die Staats- und Regierungschefs Afrikas beim FOCAC-Gipfel in Peking. Die engste Zusammenarbeit konnte Peking mit den Ländern des Golfkooperationsrat entwickeln und einen strategischen Dialog mit dem GCC etablieren.

Zudem pflegt China die Beziehungen zu multilateralen Organisatio-

<sup>2</sup> Sun, China's Whole-of-Region Diplomacy in the Middle East, 2019.

nen der Region wie die Organization of Islamic Cooperation (OIC), die Parliamentary Assembly of Turkish-speaking countries (Turk-PA), the Economic Cooperation Organization (ECO) und die Union of Arab Maghreb (UAM). So ist Präsident Xi z.B. bei seinem Besuch in Saudi Arabien auch mit dem Generalsekretär der OIC zusammengetroffen.

Die wichtigsten Instrumente für die Verfolgung chinesischer Interessen in der MENA Region sind jedoch zwei außerhalb der Kernregion gegründete chinesische Initiativen und Organisationen, nämlich die Belt and Road Initiative (BRI) und die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO).

Die BRI<sup>3</sup>, die 2013 höchstpersönlich von Präsident Xi bei einem Besuch in Kasachstan offiziell aus der Taufe gehoben wurde ist das Megaprojekt China, um seinen wirtschaftlichen, aber auch politischen Einfluss auf globaler Ebene auszubauen. Gestartet um die Verbindungen zwischen China und Europa (wieder) auf- und auszubauen, ist es inzwischen zu einem Instrument chinesischer Weltpolitik geworden mit einer maritimen Komponente und inzwischen 65 Partnern auf (mit Ausnahme Ozeaniens) allen Kontinenten, die zwei Drittel der Weltbevölkerung umfassen und einem gigantischen Handels- und Investitionsvolumen. Die Nahostregion, die schon Teil der antiken und mittelalterlichen Seidenstraße war – vom chinesischen Xian über Buchar (Usbekistan), dem Iran und Irak nach Syrien und Istanbul<sup>4</sup> – ist auch heute ein wichtiger Teil des chinesischen Projekts. Auch wenn anfangs innenpolitische Interessen (Aufträge für die unter Überkapazitäten leidenden heimischen Infrastrukturunternehmen) eine nicht unerhebliche Rolle spielten, sind seitdem zunehmend außenwirtschaftliche und außenpolitische Interessen in den Vordergrund getreten. Wichtigstes Ziel ist die langfristige Energie- und Rohstoffsicherung durch den Aufbau alternativer Versorgungs-

routen zur potentiell gefährdeten Schiffroute durch das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka. Weitere Ziele sind die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Generierung einer China freundlichen Politik durch ökonomische Abhängigkeiten. Auch die Schifffahrtsroute durch den indischen Ozean nach Europa führt durch das Arabische und Rote Meer, durch den Suezkanal und das Mittelmeer, wo China mit der langfristigen Pacht des Hafens von Piräus einen großen Umschlagplatz aufbaut. Diese Route führt entlang zahlreicher arabischer Staaten an deren Stabilität China schon deshalb ein erhebliches Interesse hat. Von daher ist es aus chinesischer Sicht nur folgerichtig die MENA-Region zu einem Schwerpunkt seiner BRI-Projekte zu machen. Die Finanzierung dieser in aller Regel von chinesischen state owned companies mit überwiegend chinesischen Arbeitskräften durchgeführten Projekte werden zumeist von den staatseigenen oder staatsnahen Banken sichergestellt. Mit dem staatlichen Silk Road Fund hat China ein eigenes Finanzierungsinstrument für die BRI-Projekte geschaffen. Auch die von China initiierte und in Peking angesiedelte Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), an der auch der Iran und einige arabische Staaten Anteile gezeichnet haben, wird zu diesem Zweck genutzt. Ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Element der chinesischen BRI-Strategie ist der China-Pakistan Economic Corridor (CPEC), der China (Provinz Xinjiang) mit dem Arabischen Meer verbindet. Am Beispiel der CPEC wird deutlich, dass mit der BRI politische, ökonomisch-logistische und militärische Ziele miteinander verknüpft werden.<sup>5</sup>

Im Gegensatz zur BRI verfolgt China mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) einen breiteren Politikansatz, in dem vor allem die Sicherheitspolitik im Mittelpunkt steht. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von China mit Russland und drei zentralasiatischen Staaten als „Shanghai Five“ gegründet zur

Beilegung von Grenzstreitigkeiten wurde diese immer weiter ausgedehnt. Die SOZ umfasst heute acht Mitglieds<sup>6</sup>- und vier Beobachterstaaten<sup>7</sup> sowie sechs Dialogpartner<sup>8</sup>. Die Organisation hat sich von einem fernöstlichen Bündnissystem zu einem gesamtasiatischen Akteur entwickelt, in dem auch der Nahe Osten mehr und mehr eingebunden ist.<sup>9</sup> Während Pakistan bereits seit 2017 Vollmitglied ist und der Iran auf einen baldigen Beitritt hofft<sup>10</sup> streben auch einige Nahoststaaten sowie die Türkei und Aserbaidschan und selbst Israel und Ägypten eine engere Zusammenarbeit mit der SCO an. Hauptziel der Zusammenarbeit ist die Terrorismusbekämpfung, die auch im Fokus gemeinsamer Militärübungen steht, die China bereits mit einer ganzen Reihe von SCO-Staaten durchgeführt hat. Aber auch die Kooperation im Energiebereich steht auf der Agenda der SCO. Dafür wurde innerhalb der Organisation eigens ein „Energieclub“ gegründet dessen Vorsitz der Dialogpartner Türkei innehat.

### **Bilaterale Beziehungen zu wichtigen Partnern**

Neben dem multilateralen Ansatz pflegt China intensiv die Beziehungen zu den Kernländern der Region auf höchster politischer Ebene.

Pakistan ist der wohl wichtigste Partner in der MENA-Region mit chinesischen Investitionen in Höhe von über 60 Milliarden US-Dollar und Projekten in der Verkehrs- und Hafeninfrastruktur sowie im Energiesektor.<sup>11</sup> Mit dem CPEC verfolgt China das Ziel eine sichere und deutlich kürzere alternative Transitstrecke zur Straße von Malakka für seinen Warenaustausch mit den wichtigen

<sup>3</sup> Ursprünglich „One Belt – One Road“ (OBOR), in Europa häufig verkürzt als „neue Seidenstraße“ bezeichnet.

<sup>4</sup> Frankopan, *The Silk Roads*, 2016, 521.

<sup>5</sup> Lukas, *Neue Perspektiven in Nahost*, 2019, 25

<sup>6</sup> Neben den Gründerstaaten China, Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisien auch Usbekistan und seit 2017 Indien und Pakistan.

<sup>7</sup> Mongolei, Iran, Afghanistan und Weißrussland.

<sup>8</sup> Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka und die Türkei. Turkmenistan sowie einige Regionalorganisationen wie ASEAN nehmen als Gäste teil.

<sup>9</sup> Lukas, *Neue Perspektiven in Nahost*, 2019, 28.

<sup>10</sup> So wie auch Afghanistan bis zur jüngsten Machtübernahme durch die Taliban.

<sup>11</sup> Hillmann *How Big is Chinas Belt and Road?*, 2018, S. 2

Golfstaaten aufzubauen. Der von chinesischen Firmen erbaute und der China Overseas Port Holding Company betriebene Tiefseehafen Gwadar am arabischen Meer ist zudem ein wichtiger Stützpunkt für die im indischen Ozean operierenden Schiffe der chinesischen Marine, die sich u.a. an der anti-Piraten „Operation Atalanta“ im Golf von Aden beteiligen. Zu diesem Zweck hat China auch seinen ersten offiziellen Marinestützpunkt im Ausland im ostafrikanischen Djibouti errichtet in unmittelbarer geographischer Nähe zu den nur durch den Golf von Aden getrennten bürgerkriegsgeplagten Länder Somalia und Jemen.

Saudi Arabien ist ohne Zweifel der wichtigste arabische Partner in der MENA-Region. Die Wirtschaftsbeziehungen sind in den vergangenen Jahren noch enger geworden, da beide Seiten an einem Ausbau der Beziehungen interessiert sind, die inzwischen auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbeziehen.

China ist es bisher gelungen gleichzeitig gute Beziehungen zu Saudi Arabien und zum Iran zu unterhalten. Während die Saudis von zentraler Bedeutung für die chinesische Energieversorgung sind, ist der Iran die wichtige Landbrücke der chinesischen „Go-West-Strategie“ zum Nahen Osten, dem Südkaukasus und der Türkei. Daher gilt dort das chinesische Interesse neben dem Energiesektor (einschließlich der Atomenergie) vor allem der Verkehrsinfrastruktur (Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken).<sup>12</sup>

Der Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Türkei folgt ebenfalls dieser „Seidenstraßenlogik“.

Während das Engagement in Ägypten und die Projekte mit Bezug zum Suezkanal ebenfalls dieser Logik entsprechen, überrascht der starke Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Israel. Hier steht das chinesische Interesse an der Kooperation mit der entwickelten Hochtechnologieindustrie des jüdischen Staates im Vordergrund –

<sup>12</sup> Hartmann, Maenning, Wang, Chinas neue Seidenstraße, 2017. 70.

was bereits zu Sorgenfalten in Washington geführt hat.

### Fazit

Seit der Nahe Osten nicht mehr Washington top priority ist, haben die USA ihre Truppen im Irak drastisch reduziert (und jüngst alle Truppen aus Afghanistan abgezogen). Nicht erst seitdem warnen Analysten davor, dass China (und Russland) versuchen könnte, Amerika als dominante Macht in dieser Region abzulösen, und dass die MENA Region zu einem zentralen Schauplatz der great-power competition zwischen den beiden Rivalen werden könnte. Dafür könnten Chinas wachsende wirtschaftliche Investitionen und politisch-diplomatischen Initiativen in der Region angeführt werden. Chinas stärkeres Flagge zeigen in der Region dürften jedoch im Wesentlichen ökonomisch getrieben sein und durch das Bestreben sich gegen religiös-fundamentalistische Einflüsse auf die eigenen Muslime zu immunisieren und nicht durch das Streben nach Hegemonie und das Herausdrängen der USA aus der Region. Als Präsident Xi im Januar 2016 erstmals die Region bereiste, war Saudi Arabien seine erste Station, wo er ein comprehensive strategic partnership agreement unterzeichnete. Von dort flog er direkt nach Teheran, um dasselbe mit dem Iran zu tun. Bis heute versucht China diesen Balance Akt eines friends-with-all approach durchzuhalten. Allerdings geht Peking in seiner Iranpolitik behutsam vor, um weder die USA noch die arabischen Länder zu provozieren. So wird der dringende Wunsch Teherans nach einem 25-Jahre-Abkommen bisher dilatorisch behandelt und eine geplante chinesische Beteiligung an russisch-iranischen Marineübungen im indischen Ozean wurde Mitte Februar kurzfristig und stillschweigend abgesagt. Dagegen wiederholte Peking sein Angebot das JCPOA durch eine multilaterale Dialogplattform für die Golfregion zu ergänzen. Die arabische Welt ist für China deutlich wichtiger als der „schwierige Freund“ Iran. Einen Monat vor der letzten trilateralen – chinesisch-russisch-iranischen – Marineübung im Indischen Ozean im Dezember 2019 hatte China

ein gemeinsames Marinemanöver mit Saudi Arabien durchgeführt.

Aufgrund der geostrategischen Bedeutung des Nahen Ostens als logistics hub, fuel supplier und potentieller Engpass für den chinesischen Warenverkehr<sup>13</sup> ist die Region und ihre Stabilität heute für Peking wichtiger als für Washington. Auch wenn die Deng'sche außenpolitische Maxime des „hide your capabilities and bide your time“ einer more assertive Außenpolitik gewichen ist, gibt es (derzeit) keine wirklichen Anhaltspunkte dafür, dass China die USA aus der Region drängen will.<sup>14</sup> Falls die USA sich aber noch weiter aus der Region zurückziehen sollten, dürfte sich China noch stärker, auch politisch und militärisch in der Region engagieren, um die dortige Stabilität zu wahren. Ob China dabei erfolgreicher sein könnte, die jahrzehntlangen Konflikte in der Region zu befrieden, darf sicherlich bezweifelt werden – wenn Peking denn überhaupt einen ernsthaften Versuch dazu unternehmen sollte. Zumindest würde China sich gezwungen sehen, seinen friends-with-all approach aufzugeben. Erste Anzeichen sind dafür erkennbar. Im Juli 2021 besuchte Chinas Außenminister Wang Yi Syrien, Ägypten und Algerien und führte Gespräche mit der Arabischen Liga. Schon im März hatte er Gespräche mit Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Bahrain, Iran und die Türkei geführt, während der nach Präsident Xi wichtigste Außenpolitiker Yang Jiechi im Februar Katar und Kuwait besuchte. Neben den üblichen Handelsthemen standen dabei drei große Themen auf der Agenda: Chinas Impstoffexporte in die Region, Chinas Investitionen im Rahmen der BRI und der israelisch-palästinensischen Konflikt. Während des jüngsten Konflikt zwischen Israel und der Hamas wich Peking von seiner traditionellen „non-interference“-policy ab und führte eine Sitzung des UN

<sup>13</sup> Die Bedeutung des Suez-Kanals für den Welthandel wurde im vergangenen März für alle in Erinnerung gerufen als die Havarie der Frachter „Ever Given“ 422 Schiffen die Durchfahrt eine Woche lang blockierte was u.a. zu Produktionsausfällen führte.

<sup>14</sup> Vgl. Cook/Green, China Isn't Trying to Dominate the Middle East, 2021.



Security Council herbei auf der es Israel verurteilte. In Israel fürchtet man, dass der (wirtschaftliche) honeymoon mit China schon wieder vorbei sein könnte.<sup>15</sup>

*Dr. Heinrich Kreft*

Dr. Heinrich Kreft ist Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie und Leiter des Zentrums für Diplomatie an der Andrassy Universität Budapest. Von 2016-2020 war er Deutscher Botschafter im Großherzogtum Luxemburg. Der Artikel fußt auf der geringfügig veränderten englischen Originalfassung, die unter dem Titel „Will China become the new dominant actor in the broader Middle East“ in „Orient“ IV/2021 (S. 8-13) erschienen ist. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

## THEMEN

# The Democratic Warrior

## Countering Unrestricted Violence with Clausewitz

At first glance, the concept of the democratic warrior appears contradictory. Indeed, it combines seemingly conflicting value systems in a single concept. Like a magnet or Clausewitz's favoured model of the unity of polar opposition between attack and defence, a methodology can be formulated to explain how this type of conflicted unity is not necessarily a logical opposition and can be a dynamic interrelationship on a continuum. At one end of the continuum is democratic equality and non-violent conflict resolution, while at the other end is the threat of (and sometimes) violently enforced limitation of war and violence; at one end is a civilized society, while at the other is a subsystem of society whose identity is defined by martial honour.

The decisive bond that can link the two poles of this dynamic relationship, without eliminating their opposition, is the classical republican virtues, which can lay claim to relative validity in both spheres. Since Plato, the classical virtues have been prudence (wisdom),

justice, fortitude, and temperance. Without a specific ethos aimed at the political functioning of the polity, a state can sustain itself only under the conditions of a dictatorship. If republican virtue, which is oriented toward the polity, cannot be directly reconciled with liberal democracy and its focus on the individual, it can take on a completely new significance as a bond linking a democratic society to democratic warriors. For Machiavelli, republican virtue already guarantees both external and internal freedom. In this respect, the necessary though not yet adequate condition of the democratic warrior is to also be a republican soldier. Add to this the limitation of war and violence in a global society to make democratic societies possible. A renewal of the republican virtue is the link between a liberal-democratic society and a warrior ethos.

The "warrior" is by definition someone who chooses to bear arms and is proficient in their use. In this sense, whatever the distinctive characteristics of the warrior ethos, its institutionalization reflects the same preferences for professionalism, expertise, and individualism that are characteristic of modern society as a whole. Contemporary conditions, it is argued, no longer call for armed masses, but for experts whose willingness to serve in uniform will allow others the freedom not to serve.

It must be admitted, however, that the concept of the warrior does not call forth associations with modernity, but rather of the "archaic combatant" (Röhl 2005), whose ethos, skills, and experiences set him apart from normal society and in opposition to its basic values, of which the most cherished is, of course, peace. The fact the warrior freely chooses his profession may be consistent with democratic values, but the existence of a "warrior class" uniquely skilled in the use of force, whose values are not those of society as a whole, is scarcely consistent with democratic interests. It is also true that those who serve in today's democratic armies are called upon to do a great deal

more than fight. Although phrases like "armed social worker" undervalue and denigrate the martial qualities that remain foundational to military life, it is true that only a small percentage of men and women in uniform actually fight, and that their duties entail a wide range of activities in which violence plays no part. To those who wish to uphold the warrior spirit, the diverse requirements of modern military missions are liable to hold scant appeal, which may undermine the sense of purpose and identity that drew them to the profession in the first place.

The discussion that follows seeks to build a bridge between the distinctive ethos of the warrior and the moral and political requirements of democratic societies, using the concept of the "democratic warrior." It seeks to do justice to the self-image of those who bear arms (a morally distinctive task) while connecting it to the various goals and practices of democratic societies, and the diverse uses to which they put their armed forces. We may begin by noting that a warrior, even in the most traditional terms, is not merely a combatant – a fighter – but has always performed and embodied a range of social, military, and political roles. Our starting point for considering what those roles must be is Clausewitz's concept of the trinity, a metaphor intended to encompass all types of war, which, by extension, can provide a lens through which the ideal range of characteristics required of the democratic warrior can be envisioned. War itself, as Clausewitz avers, is compounded of primordial passions, an irreducible element of chance, and what he called an element of "subordination" to reason, by which its instrumental character is revealed. When Clausewitz set forth his trinity, he posited that the chief concern of the warrior must be the mastery of chance through intelligence and creativity; and so it remains. Yet there is no reason to suppose that such mastery means that war's social and political requirements should be ignored. On the contrary, unless they too are mastered, the warriors sent forth by democratic societies cannot

<sup>15</sup> Vgl. Lavi, China and the Middle East, 2021.

represent the values and interests of the communities that depend on them, and of which they remain apart (Herberg-Rothe 2007).

### Soldiers and Warriors

In both German and English, the word “soldier” (*soldat*) originally referred to a paid man-at-arms. The term became common in early modern Europe and distinguished those who were paid to fight – primarily in the service of the increasingly powerful territorial states that were then coming to dominate the continent – from members of militias, criminal gangs, volunteer constabulary and local self-defence forces, and other forms of vernacular military organizations. The rise of the soldier was linked to the rise of the state. This connection distinguished him from the “mercenary,” who also fought for pay, but as a private entrepreneur, what we would today call a “contractor.” Standing armies comprised of soldiers were different from and militarily superior to, the feudal hosts of the past, whose fighters served out of customary social obligation and generally possessed neither the discipline nor the martial proficiency that the soldier embodied. Clausewitz highlights these developments briefly in the last book of *On War*, and portrays them as an advance in political organization and military efficiency (Clausewitz 1984, 587-91).

The absolute monarchies that made the paid soldier the standard of military excellence in early modern Europe were generally indifferent to the social and political identities of those they paid to fight, though not always. Frederick the Great, for instance, lamented his reliance on foreign troops and believed that his own subjects made better soldiers. “With such troops,” he wrote, “one might defeat the entire world, were not victories as fatal to them as to their enemies” (quoted in Moran 2003, 49). It was, however, only with the French Revolution that a firm expectation was established that a soldier bore arms not merely for pay, but out of personal loyalty to the state, an identity that was in turn supposed to improve his performance on the battlefield. This

connection, needless to say, was largely mythical. Most of the men who fought in the armies of the Revolution, and all major European wars since then, are conscripts who would not have chosen to bear arms on behalf of the state if the law had not compelled them to do so. Nevertheless, submission to conscription was itself regarded as an expression of the ideal of citizenship, a concept that, like honour, depends upon the internalization and subjective acceptance by individuals of norms arising within the larger society.

The French Republic never referred to its soldiers as conscripts, always as volunteers. The success of its armies and those of Napoleon, although transient, insured that “defence of the Fatherland [became] the foundation myth of modern armies” (Sikora 2002). The myth of voluntary sacrifice by the “citizen-soldier” to defend the community proved central to the legitimization of conscript armies, even in societies where democratic values were slow to emerge. In the middle of the nineteenth century, as Frederick Engels observed, conscription was Prussia’s only democratic institution (Frevort 1997, 21).

It had been introduced in reaction to Prussia’s defeat by Napoleon, whose triumph was owed to the fact that the resources of the entire French nation were at his disposal. The aim of the Prussian military reforms was to accomplish a similar mobilization of social energy for war, but without inciting the revolutionary transformation of society that had made such mobilization possible in France. Prussia was no sovereign nation of citizens, and while the reform of its armed forces helped it to regain its position among the leading states of Europe, their political effect was limited.

Many of those who promoted reform, including Clausewitz, hoped conscription would contribute to the democratization of Prussia’s armed forces, and, indirectly, of society as a whole. But the moral influence could as easily run the other way, and, as Friedrich Meinecke observed, measures

designed to bind army and society together had the effect, in Prussia, of militarizing society instead. Even the Great War did not fully succeed in stripping war of its moral glamour. The supposedly heroic massacre of German troops attacking the British at Langemarck (1914), for instance, remained a staple of right-wing mythology until the end of the Third Reich, by which “our grief for the bold dead is so splendidly surpassed by the pride in how well they knew how to fight and die (Hüppauf, 1993, 56). Alongside this kind of blood-drenched nostalgia, the industrialized warfare exemplified by battles like Verdun (1916) also asserted themselves. Under these circumstances, fighting and dying well acquired some of the aspects of industrialized labour, in which a soldier’s duty expresses itself, not through the mastery of chance as Clausewitz proposed, but through submission to what Ernst Jünger called “the storm of steel.”

It was only after World War II that German soldiers became authentically democratic citizens in uniform. According to Wilfried von Bredow, the creation of the Bundeswehr in 1956 was “one of the Federal Republic of Germany’s most innovative and creative political reforms, fully comparable in its significance to the conception of the social market economy” (Bredow 2000). Its evolution as an integral part of German society has embodied a calculated break with the German past, one that has become even more apparent since the demise of the Soviet Union has shifted the mission of the German army away from national defence and toward expeditionary operations calculated to help maintain regional and global order. As the conscript armies of the past have given way to the professional and volunteer armies of the present, in Germany and elsewhere, the model of the democratic “citizen in uniform” has once again been required to adapt to new conditions.

It is perhaps slightly paradoxical that as wars have become smaller and more marginal in relation to society as a whole, the ideal of the

warrior as an apolitical professional fighter has regained some of its old prominences. Such individuals are thought to embody values different than those of society as a whole, to the point where their loyalties, like their special capabilities in battle, are thought to spring solely from their organization and mutual affiliation. John Keegan, a proponent of the new warrior, explains the rejection of the values of civil society in terms of the psychological impact of violence on those who experience and employ it. War, Keegan argues, reaches into the most secret depths of the human heart, where the ego eliminates rational goals, where pride reigns, where emotions have the upper hand, and instinct rules. One of Keegan's models of the warrior is the Roman centurion. These officers were soldiers through and through. They entertained no expectation of rising to the governing class, their ambitions were entirely limited to those of success within what could be perceived, for the first time in history, as an esteemed and self-sufficient profession. The values of the Romans professional soldier have not diminished with the passage of time: pride in a distinctly masculine way of life, the good opinion of comrades, satisfaction in the tokens of professional success, and the expectation of an honourable discharge and retirement remain the benchmarks of the warrior's life (Keegan 1995, 389-391).

The enthusiasm of Keegan and others for the revival of the warrior ethos is the belief that "honour" can play an important role in limiting violence, far more effective than the proliferation of legal norms that lack the binding psychological validity required to stay the hand of those who actually take life and risk their own. Warriors use force within a customary framework of mutual respect for one another. This is part of what has always been meant by "conventional warfare", a form of fighting that necessarily includes a dissociation from combatants considered to be illegitimate. How and whether these kinds of customary restraints can be successfully reasserted under contemporary

conditions is one of the central problems with which the concept of the democratic warrior must contend. In opposition to Keegan, I think, that the warriors' code of honour must be related back to civil society, although this is a task which requires bridging a gap and remains a kind of hybrid.

### Old and New Wars

To judge what kind of "weapon carrier" will be needed in the twenty-first century, we must begin by looking at developments since the end of the East-West conflict. It has proven, broadly speaking, to be a period of rapid social, political, and economic development whose outstanding characteristics are marked by the decline or disappearance of familiar frameworks and inherited values. Thus, one speaks of denationalization, depoliticization, de-militarization, decivilization, de-territorialization, and delimitation.

Unsurprisingly, these changes are also supposed to be marked by "new" wars, characterized by the decline of statehood, the rise of privatized violence, the development of civil war economies, and the reappearance of types of combatants thought to be long gone – mercenaries, child soldiers, warlords, and so on. The new types of combatants are in turn associated with rising incidences of suicide bombing, massacre, and other forms of atavistic and irrational violence (Kaldor 1999, Münkler 2004).

Political and academic discourses have produced a range of new concepts designed to capture these conditions, including privatized war, asymmetrical warfare, small wars, wild wars, low-intensity conflict, post-national wars; wars of globalization on the one hand, and of "global fragmentation" on the other. It is apparent, however, that each of these terms describes only one segment of a complex reality. To some extent, a new type of war is being discovered with each new war. At the same time, these different terms share a common assumption that war now consists mainly of conflicts involving non-state actors on at least one side, and, by exten-

sion, that the motivation and goals of such belligerents are likely to prove unfathomable in political terms. The result for some is an approaching anarchy (Kaplan 1994), whose remedy is a revived liberal interventionism, the only principle that seems able to guarantee a modicum of global order (Münkler 2007).

It is possible, however, that the contemporary diffusion of conflict beyond the confines of the state system is no more than a transitional phase, with particular strong links to those parts of the world – Africa and Central Asia above all – where the challenges of post-imperial social and political adaptation are still especially pronounced. Neither does the fact that the parties to war are non-state actors necessarily mean that such wars lack a political or ideological basis. Such wars may not represent a clash between order and anarchy but between competing conceptions of order (Münkler 2004). While a revived interventionism may indeed be a suitable antidote to anarchy, it is unlikely to do more than aggravate indigenous conflicts over the politics of order – and as it seems at present, it is contributing to the escalation of violence throughout the world. Now, as in the past, violence is not simply a source of disorder. It is also a means of shaping order and providing the basis for community formation.

It is possible to wonder, in other words, how new the "new wars" actually are. Widespread atavistic and vernacular violence were already prominent features of the Chinese civil war, the Russian civil war, the Armenian genocide, and many other episodes of "old wars". Those who favour the concept note a number of formal changes that resulted from the disappearance of Soviet-American rivalry, above all a decline in external assistance. The proxy wars of the past have become the civil wars of the present, conducted by parties that must rely on their own efforts to obtain the necessary resources, including illegal trafficking in diamonds, drugs, and women; brutal exploitation of the population; extreme violence as a way of attract-

ing humanitarian assistance that can then be plundered; and the violent acquisition of particularly valuable resources (robber capitalism). These changes may well amplify the social consequences of violence, but do not necessarily deprive it of its instrumental and political character (Schlichte 2006).

The point of departure for the study by Isabelle Duyvesteyn, for example, is a very broad definition of politics based on Robert Dahl: “any persistent pattern of human relationship that involves, to a significant extent, power, rule or authority” (Duyvesteyn 2005, 9). Duyvesteyn refers especially to the fact that in the fast-developing states she has studied, the differences between economics and politics are not as clear cut as Westerners expect. Struggles that seem to be about the acquisition of resources can be motivated by power politics to obtain a separate constituency. Because the position of power in these conflicts is often determined by the reputation of the leader, what may appear to be personal issues can also be incorporated into a power-political context. Her hypothesis is not that economically, religiously, ethnically, or tribally defined conflicts are masks for politics, but rather that these conflicts remain embedded in a political framework that is understandable to the participants.

It is also apparent today’s civil wars do not always trend irrevocably toward social and political fragmentation, becoming increasingly privatized until they reach the smallest possible communities, which are held together by only violence itself. The defeat of the Soviets in Afghanistan, for instance, gave rise to a civil war between warlords and individual tribes that appeared to be tending in this direction for a time, only to acquire a new and recognizably ideological shape once the Taliban seized power. This new tendency was confirmed by the Taliban’s willingness to give shelter to al-Qaeda, a global and transnational organization of almost unlimited ambition, whose attacks upon the United States have in

turn embroiled Afghanistan in a conflict about the world order pitting the West against militant Islam. At present, we witness in “Sahelistan” a similar development, but this is not confined to a single state, but to the whole region.

At a minimum, it seems clear that the new wars, to the extent that they are new, are not all new in the same way. In some, violence does indeed appear to gravitate downwards towards privatized war; in others, however, the movement is upwards, towards supra-state wars of world order. Although these trends are linked in practice, analytically they are distinct. States do still wage wars, but for the most part, they are now doing so not in pursuit of their own particular interests but for reasons related to world order. This is what accounts for the new interest in an American empire and hegemony (Walzer 2003). Nor is America the only state capable of seeking and exercising global influence.

Russia, China, India and Europe (whose superficial fragmentation masks its concerted economic, regulatory and power-political influence) are all capable of challenging American influence in particular spheres of activity; and one day they may do so in all spheres (Zakaria 2009). In any event, the use of force by strong states in pursuit of world order, whether cooperatively or competitively, is likely to remain the dominant strategic reality for some time to come; a fact that should not be obscured by the simultaneous proliferation of privatized violence on the periphery of the world system.

### **Clausewitz’s Trinity as a Coordinate System**

The argument about the newness of new wars is also an argument about the continuing salience of Clausewitz’s understanding of war as, in his words, a “wondrous trinity,” by which primordial violence and the exigencies of combat may finally be subjugated to reason and politics. It is apparent, however, that while the proportions of these three elements may vary, a good deal nowadays, perhaps more so than in some periods in the past, they do not escape the

theoretical framework that Clausewitz established. At the same time, his trinity points us towards the essential characteristics of the “democratic warrior,” whose success requires that he masters the multiple sources of tensions that Clausewitz detected in the nature of war itself.

Clausewitz’s trinity present war as embodying three elements in constant tension with each other: primordial violence, the fuel on which war feeds; the fight between two or more opponents, by which violence is given military effective form; and the community, whose interests, as represented by policy, give war its purpose, and whose existence provides the soldier with his essential identity: as one who fights for something larger than himself. The shifting proportions among these elements that modern war continues to display would not have surprised Clausewitz. On the contrary, he knew that all three would always be present in every war and that a “theory that ignores any one of them . . . would conflict with reality to such an extent that for this reason alone it would be totally useless” (Clausewitz, *On War*, 1984, 89; see Herberg-Rothe 2007). Each requires exploration if the characteristics of the democratic warrior are to be understood.

### *Violence and force*

The most crucial polarity in Clausewitz’s trinity is between the instrumentality of war and the autonomy of violence. Clausewitz noted the tendency of violence to become absolute, and therefore an end in itself, a tendency that was restrained both by the instrumental rationality of policy and, less obviously perhaps, by the skill of the combatants. Clausewitz also notes the paradoxical influences that can attend the use of force at a distance. If combatants are separated from each other in space and time, it may promote relative rationality in the use of force; or it may not, since it introduces the disinhibiting influence of impersonal killing, in which the humanity of the opponent is no longer perceived. Fighting “face-to-face” demands personal aggressiveness and even hatred,

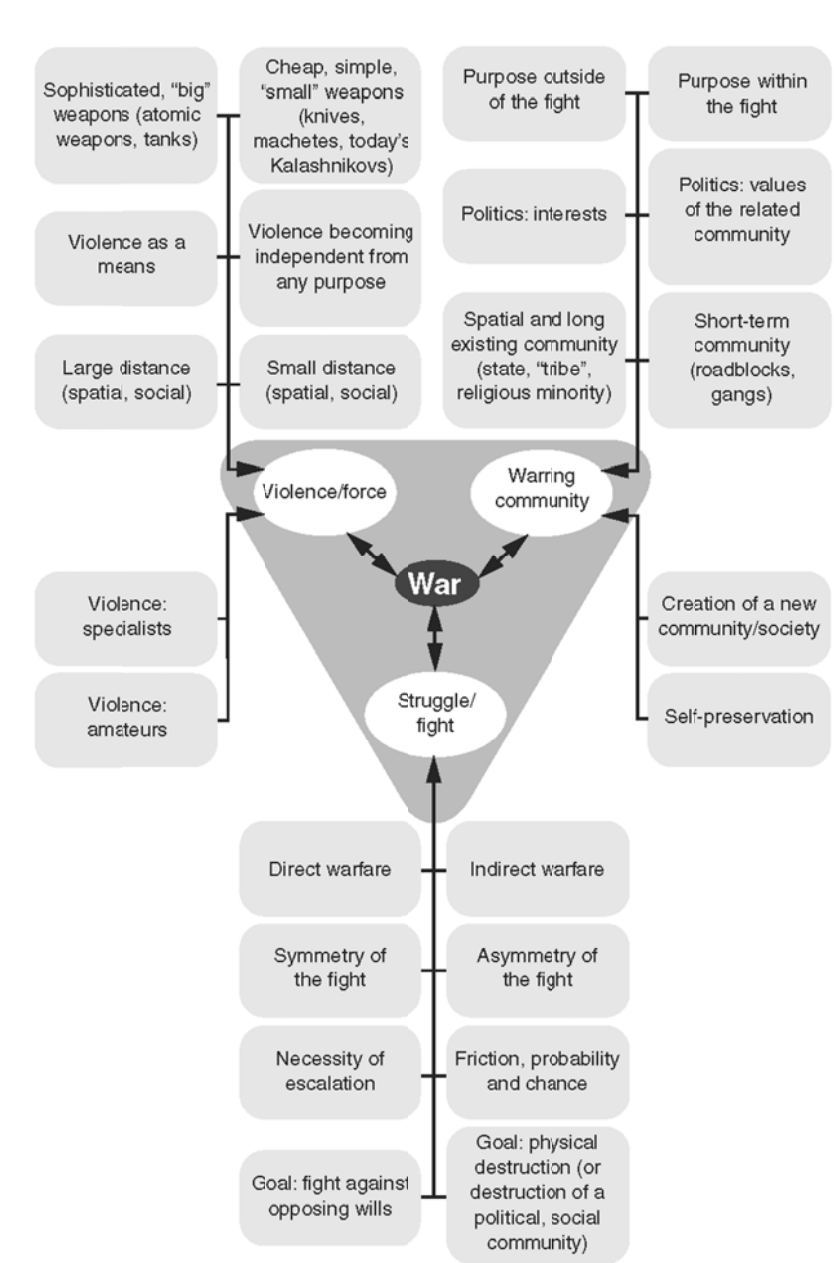
which can lead to increasing ferocity in the use of force. At the same time, however, it may make it easier to perceive the opponent as human. A similarly paradoxical logic may arise from the use of expensive weapons versus simple ones. Expensive weapons systems and the highly trained combatants required to use them can lead to a certain limitation of war because these cannot be so easily risked (as was the case, he argued, in the wars of the 18th century). In contrast, wars waged by relatively unskilled combatants employing cheap and simple weapons may be more likely to escalate – as is evident from many of the civil wars in Africa, particularly with child soldiers.

*The Fight*

The most basic reason that the violence of war is prone to escalate is that combatants share a common interest in not being destroyed. In most other respects, however, their interaction is asymmetrical, most profoundly so, as Clausewitz says, in the contrasting aims and methods of attack and defence, which he avers are two very different things. The shape of combat is also influenced by whether war is directed against the opposing will (in effect, a war to change the adversary's mind) or if it aims at his "destruction." Clausewitz specifies that by the destruction of the opposing armed forces, he simply means reducing them to such a condition that they can no longer continue the fight. Nevertheless, Clausewitz long favored Napoleon's approach to warfare, which emphasized direct attack against the main forces of the enemy. Other forms of fighting are also possible, however, whose aim is to exhaust the enemy's patience or resources indirectly, rather than confront and defeat his armed forces in the field. The real war, in Clausewitz's days and in ours, is generally a combination of direct and indirect methods, whose proportions will vary with the interests at stake and the resources available.

*Warring Communities*

When referring to warring communities, we must first differentiate between relatively new com-



munities and those of long-standing. This is because in newly constructed communities, recourse to fighting is liable to play a greater relative role in its relations with adversaries; whereas, in the case of long-standing communities, additional factors come into play. Clausewitz argues that the length of time a group of communities has existed significantly reduces the tendency for escalation because their long-standing interactions will include elements other than war, and each party envision the other's continued existence once peace is made, a consideration that may moderate the use of force.

War's character will also vary depending on whether it aims to preserve the existence of a communi-

ty or, as in revolutionary crises, to form a new one; whether war is waged in the pursuit of interests, or to maintain and spread the values, norms, and ideals of the particular community (see Herberg-Rothe 2007). Closely related to this contrast, although not exactly congruent with it, is the question of whether the purpose of war lies outside itself or, especially in warring cultures, whether the violence of the fight has independent cultural significance. The social composition of each society and the formal composition of its armed forces (regular armies, conscripts, mercenaries, militias, etc), play an important role here. Summarizing these fundamental differences yields the coordinate system of war and violence shown in the diagram.

Every war is accordingly defined in terms of its three essential dimensions: violence, combat, and the affiliation of the combatants with a community on whose behalf the combatants act. Historically, these three tendencies within the “wondrous trinity” display almost infinite combinations and multiple, cross-cutting tensions since every war is waged differently. Thus, every war has symmetrical and asymmetrical tendencies, for instance, even when it may appear that only one of these tendencies comes to the fore (Herberg-Rothe 2007).

The tension between the coordinates of Clausewitz’s trinity may also be heightened by different forms of military organization. Those that feature strict hierarchies of command are perhaps most conducive to the transmission of political guidance to operating forces; whereas what is today called network-centric warfare is characterized by loose and diffuse organizational structures, in which the community’s political will and mandate can no longer be so readily imposed on combatants directly engaged with the enemy. As in the warfare of partisans, networked military organizations place a high value on the political understanding of the individual soldier. It is because of the relative independence of soldiers in network-centric warfare that this type of warfare does not require an “archaic combatant,” but a democratic warrior who has fully internalized the norms of the community for which he fights.

### **The Democratic Warrior in the Twenty-first Century**

Even in Clausewitz’s day, war was not the only instrument of policy that state’s possessed, though it was undoubtedly the most central. Today, its centrality is less obvious, even as the complexity of its connections to other forms of state power has increased (Thiele 2009). Combining the different perspectives afforded by foreign, economic, developmental, judicial, domestic, and defence policy permits a global approach to conflict resolution while making the considerations surrounding the use of force more complicated

than ever. States now pursue their security through many avenues at once, and all the agencies involved must consciously coordinate, connect, and systematically integrate their goals, processes, structures, and capabilities.

Given the continuing expansion of the concept of security in recent years, a democratic army needs a specific task and function since its essential purpose – the use of force – can not be dispensed with. There have been those who thought it might be. When the East-West conflict ended, Francis Fukuyama announced the “end of history,” meaning an end to the practice of war and violence (Fukuyama 1992). The triumphant advance of democracy and free markets seemed unstoppable, to the point where it appeared as if the twenty-first century would be an age defined by economics and thus, to a large extent, by peace. These expectations have now been decisively overturned by ongoing massacres and genocide in Africa; by the return of war in Europe (as happened in the former Yugoslavia); by the September 11, 2001 attacks on the United States and, the subsequent wars in Afghanistan and Iraq; the war between Georgia and Russia over South Ossetia in 2008, the civil war in Syria and Iraq and finally the prospect of war to suppress Iran’s nuclear program (itself a profoundly dangerous and destabilizing step, should it become reality).

In a complete reversal of Fukuyama’s thesis, a struggle against a new brand of Islamic totalitarianism appears to have begun, in which violence has become “unbounded” – because terrorist attacks are potentially ever-present because no end to them is in sight and there is no reason to assume there is any limit to the scale of violence terrorists might employ, including the use of nuclear weapons should they come to possess them. These processes of growing disinhibition must be countered by a new containment policy that limits the expansion of war and violence in the world.

Two basic assumptions underlie this conception. The first is that the escalation of violence in world society is so multifaceted and differentiated that a single counter-strategy will not suffice. Rather, an overarching perspective is required to decide which measures are suitable in individual cases – without being able to exclude the possibility of terrible errors and miscalculations. The second assumption is that in today’s global society – as has been the case throughout history – many contrary processes are at work. Thus, regard for only one counter-strategy can have paradoxical, unanticipated consequences.

This can be clarified using the example of democratization. If a general effort at worldwide democratization was the only counter-strategy against the disinhibition of violence and war, the results would almost certainly be counterproductive, not least because the spreading of democracy might itself be a violent process. A one-sided demand for democratic reform without regard for local conditions might, in individual cases, contribute to the creation of anti-democratic movements. The historical experience bears this out. After the First World War, nearly all of the defeated states underwent an initial process of democratization under the tutelage and supervision of the victors. Yet, almost all ended in authoritarian or even totalitarian regimes.

Thus, the concept of the democratic warrior is not based on imposing democracy by force, but on limiting war and violence to enable the organic development of democratic self-determination. A differentiated counter-strategy of curbing war and violence in the world, with a view to fostering good governance (as a first step toward democratic governance), is the common element shared by humanitarian intervention and the development of a culture of civil conflict management. To this must be added measures to limit the causes of war and violence, such as poverty, oppression, and ignorance. Last but not least, this new form of containment requires effective restraint not just in the pro-

liferation of weapons of mass destruction, but also of small arms, which continue to kill far more people than any other kind of arms.

The containment of violence does not mean there will be entirely non-violent societies, much less a non-violent world society, in the foreseeable future. All else aside, the goal of completely eliminating violent conflict would ignore the fact that historically speaking, conflicts and their resolution have often furthered human development toward free and democratic ideals – as per the American struggle for independence and the French Revolution. The primary task of politics in the twenty-first century is therefore to radically limit violence and war so that non-violent structures and the mechanisms of the “social world” can have an impact. In this context, democratic warriors have a unique role to play; not as those who impose democracy by force, but as those who make diverse forms of culturally authentic self-determination possible, by curbing and containing war and violence.

## Conclusion

It must be repeated, the concept of the democratic warrior appears to be contradictory. Indeed, it combines contradictory value systems in a single concept. Nevertheless, to adopt the metaphor favoured by Clausewitz (Herberg-Rothe 2007), the elements of tension in the democratic warrior's identity can be conceived as the poles of a magnet, whose mutual opposition is not an illusion but is nevertheless a means to a larger, unitary end. It is what creates the magnet: the north pole of a magnet cannot exist alone. At one end of the continuum of the democratic warrior's identity lies the values of democratic equality and non-violent conflict resolution; at the other, the realization that force itself may sometimes be necessary to limit war. At one end, is a civilized society, and at the other a subsystem of that same society, whose identity is defined by traditional concepts of honour and martial valour.

As observed at the beginning of this essay, the bonds that link the

two poles of this relationship, without eliminating their opposition, are the classical republican virtues, which lay claim to validity in both spheres. It was Plato who defined the classical virtues as intelligence, justice, fortitude, and temperance, which is also a characteristic in the Confucian tradition (Piper 1998 concerning Plato). Without them, a state can sustain itself only under dictatorship. With them, both external and internal freedoms are possible (Llanque 2008). They are the keys to the democratic warrior's identity, providing the crucial link between the values of liberal-democratic society and those other values – courage, loyalty, self-sacrifice – that have always set the warrior apart.

### Dr. Andreas Herberg-Rothe

Dr. Andreas Herberg-Rothe is a senior lecturer at the University of Applied Sciences, Fulda. This research paper was originally published in the “African Journal of Terrorism and Insurgency Research (AJoTIR)”, Volume 2, Number 1, April 2021. Pp. 89-106. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

#### References

- Bredow, Wilfried von (2000), *Demokratie und Streitkräfte* (Wiesbaden: VS publishers, 2000).  
 Clausewitz, Carl von (1984), *On War*. Ed. by Peter Paret and Michael Howard (Oxford: OUP).  
 Duyvesteyn, Isabelle (2005), *Clausewitz and African War* (London: Routledge).  
 Frevert, Ute (1997), *Die kasernierte Nation* (Munich: C. H. Beck, 2001).  
 Frevert, Ute (ed.), (1997), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert* (Stuttgart: Klett-Cotta).  
 Fukuyama Francis (1992), *The End of History and the Last Man* (New York: Free Press).  
 Herberg-Rothe, Andreas (2007), *Clausewitz's puzzle* (Oxford: OUP).  
 Herberg-Rothe, Andreas (2017), *Der Krieg*. 2. Edition. (Frankfurt: Campus).  
 Herberg-Rothe, Andreas and Son, Key-young (2019), *Order wars and floating balance. How the rising powers are reshaping our world view in the twenty-first century* (New York: Routledge).  
 Hüppauf, Bernd (1993), “Schlachtenmythen und die Konstruktion des ‘Neuen Menschen’,” in *Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch . . . : Erlebnis und Wirkung des ersten Weltkrieges*, ed. Gerhard Hirschfeld, et al. (Essen: Klartext, 1993).  
 Llanque, Marcus (2008) *Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse* (Munich: Oldenbourg).  
 Kaldor, Mary (1999), *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era* (Stanford: Stanford University Press).  
 Kaplan, Robert (1994), “The Coming Anarchy.” In: *Atlantic Monthly* no. 273, 44–76.

- Keegan, John (1995), *Kultur des Krieges* (Berlin: Rowohlt).  
 Kuemmel, Gerhard (2005), *Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen* (Baden-Baden: Nomos).  
 Moran, Daniel (2003), “Arms and the Concert: The Nation in Arms and the Dilemmas of German Liberalism,” in *The People in Arms: Military Myth and National Mobilization since the French Revolution*, ed. Daniel Moran and Arthur Waldron (Cambridge: Cambridge University Press).  
 Münkler, Herfried (2004), *The New Wars* (New York: Policy).  
 Münkler, Herfried (2007), *Empires* (Cambridge: Polity Press).  
 Pieper, Josef (1998), *Das Viergespann – Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit, Maß* (Munich: Kösel).  
 Röhl, Wolfgang (2005), “Soldat sein mit Leib und Seele. Der Kämpfer als existenzielles Leitbild einer Berufsarmee in *Ein Job wie jeder andere. Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten*, ed. Sabine Collmer and Gerhard Kümmel (Baden-Baden: Nomos, 2005) 9–21.  
 Schlichte, Klaus (2006), “Staatsbildung oder Staatszerfall. Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft,” In: *Politische Vierteljahresschrift* 47, no. 4.  
 Sikora, Michael (2003), “Der Söldner,” in *Grenzverletzer. Figuren politischer Subversion*, ed. Eva Horn, Stefan Kaufmann, and Ulrich Bröckling (Berlin: Kulturverlag Kadmos, 2002).  
 Thiele, Ralph (2009), “Trendforschung in der Bundeswehr”. In: *Zeitschrift für Sicherheits- und Außenpolitik* 2, 1–11.  
 Walzer, Michael (2003), “Is there an American Empire?” In: *Dissent Magazine* 1 (2003), URL: <http://www.dissentmagazine.org/minutes/archives/2003/fa03/walzer.htm> last accessed 16. 4. 2020.  
 Zakaria, Faared (2009), *The Post-American World* (New York: W. W. Norton).

## IMPRESSUM

### Denkwürdigkeiten

Journal der  
 Politisch-Militärischen  
 Gesellschaft e.V.

#### Herausgeber

Der Vorstand der pmg

#### Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: [info@pmg-ev.com](mailto:info@pmg-ev.com)

Webseite: [www.pmg-ev.com](http://www.pmg-ev.com)

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

